

## Der „Krieg gegen den Terror“ – Bilanz einer Katastrophe

Josef Lang

Nach dem Kalten Krieg gab es eine UNO, die stärker war denn je, und eine NATO, deren *raison d'être* in Frage gestellt war. Die UNO und ihre OSZE genossen dank der friedlichen Auflösung des „Ostblocks“ ein hohes Ansehen. Die NATO, die ihre Existenz immer mit dem Warschauer Pakt begründet hatte, ging ihrer Legitimität verlustig. Gleichzeitig bot die Implosion der Sowjetunion den USA die Chance, die militärische Macht imperial auszuweiten. Damit jene Gefahr gebannt und diese Chance gepackt werden konnte, bot sich der grossserbische Tyrann Slobodan Milošević gleichsam als *diabolus ex machina* an. Am Ende des letzten Jahrzehnts des letzten Jahrhunderts standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg und die Verwandlung der NATO in ein Offensivbündnis mit globaler Mission.<sup>1</sup>

### Vorgeschichte: globaler Neomilitarismus statt Friedensdividende

Die 1990er Jahre werden in die Geschichte eingehen als das Jahrzehnt, in der es dem anfänglich geschwächten Sonderbund des reichen Nordwestens gelungen ist, den anfänglich starken Bund der Völker politisch zu marginalisieren und militärisch auszubooten. Der US-amerikanische Sicherheitsexperte Robert Kagan schrieb in seinem 2003 erschienenen neokonservativen Kultbuch ‚Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung‘, dass die „Existenzfähigkeit des Bündnisses“, zu den „Hauptzielen der amerikanischen Intervention“ im Kosovo gehört habe, „so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien“ gewesen war.<sup>2</sup>

Der globale Neomilitarismus, an dem sich die Schweiz über eine sogenannte „Allianz der Vernunft“ beteiligen wollte, was dann durch eine sogenannte „Unheilige

---

<sup>1</sup> Andreas Zumach, Die Geschichte der Sieger. Zur neuen Strategie der Nato, in: Stefan Reinecke (Hg.), *Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?*, Hamburg 2000, S. 48-56; Stefan Luzi, *Unilateral oder in der UNO: Über den Willen der Staaten Frankreich, Grossbritannien und USA zur Etablierung eines funktionierenden Systems kollektiver Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich 2005, S. 46-47, 90-94; Andreas Zumach, „Gerechter Krieg“ oder „Gerechter Frieden“. Die UNO im Spannungsfeld zwischen Präventivkriegsoperationen und der Bewahrung des Völkerrechts, in: Georg Kreis (Hg.): *Der „gerechte Krieg“*. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur, Basel 2006, S. 113-129.

<sup>2</sup> Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003, S. 58.

Allianz“ (an der ich ausser- und innerparlamentarisch aktiv beteiligt war) verhindert wurde, also: der globale Neomilitarismus verfolgte sechs Hauptziele: Erstens die Sicherung der Rohstoffquellen und –routen. Zweitens die strategische Kontrolle über die aufsteigenden Wirtschaftsmächte China und Indien. Drittens das militärische Abfangen von Migrationsströmen, die insbesondere durch die Klimaerwärmung ausgelöst werden. (Das ist übrigens das Motiv, das die Schweizer Militärs am stärksten betonten.) Viertens ging es darum, Armeen, die nach dem friedlichen Ende des Kalten Krieges unter einem grossen Sinndefizit litten, gegenüber Gesellschaften, welche eine Friedensdividende einforderten, zu relegitimieren. (Für diese Aufgabe waren „Linke“, welche – ähnlich wie 1914 – mit idealistischen Argumenten den neuen militärischen Aktivismus unterstützten, unerlässlich.) Fünftens ging es darum, die Profiteure der Rüstungsindustrie zu sichern. (In den 1990er Jahren wurde der für die NATO-Osterweiterung zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsiert.) *Last but not least* dienten die Militarisierung der Aussenpolitik und die damit verbundene Spannungsstrategie der innenpolitischen Disziplinierung von Gesellschaften, die immer komplexer und unübersichtlicher wurden. Die Angst vor dem Zerfall der Gesellschaft und der Drang, ihn über die Heraufbeschwörung starker Feindbilder zu bannen, gehört zu den konservativen Urreflexen. Das wichtigste neue Feindbild nach dem Untergang der Sowjetunion ist der Islam.<sup>3</sup>

### Afghanistan – der erste der „9/11 wars“

Da kam der 11. September 2001. Die Funktion des *diabolus ex machina* übernahm im neuen Jahrzehnt Al Kaida. Ohne ihr spektakuläres Attentat wäre es unmöglich gewesen, die militärisch-imperialen Errungenschaften der 1990er derart offensiv und – mindestens anfänglich – mit derart geringem Widerstand auf einem globalen Niveau umzusetzen. Es begann das, was George W. Bush den „War on Terror“, Donald Rumsfeld zusätzlich den „long and global war“ nannte und heute als „the war formerly known as the global war on terrorism“ bezeichnet wird. Die dritte Bezeichnung steht für einen Krieg, der zwar verloren ist, aber nicht als verlorener akzeptiert und deshalb weitergeführt wird – immer mehr mit Drohnen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Ernst-Otto Czempel, *Kluge Macht. Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München 1999, S. 104; Karim El-Gawhary, Das Mittelmeer als neue Front? Die arabische Welt und die neue Nato-Doktrin, in: S. Reinecke, *op. cit.*, S. 92; Todd Sandler, Keith Hartley, *The Political Economy of Nato. Past, Present and into the 21<sup>st</sup> Century*, Cambridge 1999, S. 166; Claude Serfati, *La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur*, Paris 2001, S. 88-99; Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonard (Hg.), *Re-Ordering the World*, London 2002, S. 11-20; Jürgen Wagner, «Neoliberaler Kolonialismus», in: *Widerspruch* 53 (2007), S. 144-155.

<sup>4</sup> Albert Stahel, «Quadrennial Defense Review Report», in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ)* 6 (2006), S. 12-13; Josef Lang, „The long global war“ und die Schweizer Linke, in: *Denknetz. Jahrbuch 2006*, S. 5-12; Andrew Bacevich, «Der American Way of War», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2012), S. 91-96.

Der beste Begriff für all die Kriege, die mit 9/11 legitimiert wurden, stammt vom britischen *Guardian*-Journalisten Jason Burke: „*The 9/11 Wars*“. Denn bei den 9/11 folgenden kriegerischen Ereignissen handelt es sich nicht um einen einzigen Krieg, sondern um eine Vielzahl von Kriegen in unterschiedlichsten Ländern weltweit.<sup>5</sup>

Bereits Anfang Oktober 2001 begannen die Luftangriffe der USA unter dem Label „Enduring Freedom“ auf Taliban-Stellungen. Dieser im Bündnis mit der afghanischen Nordallianz, aber ohne UNO-Mandat geführte Krieg wurde im Dezember als gewonnen erklärt. Mit der darauf folgenden Einsetzung der UNO-mandatierten NATO-Operation ISAF (International Security Assistance Force) begann ein immer stärker werdendes militärisches Engagement. Heute befinden sich noch über 100'000 Soldaten im Einsatz. Aber das Land kam trotzdem, genauer: deswegen nicht zur Ruhe. In den letzten Jahren haben sich die Auseinandersetzungen verstärkt. Mindestens 30'000 Tote, mehr als die Hälfte Zivilisten, sind zu beklagen. Allein die USA hat der Afghanistan-Krieg bislang 550 Milliarden Dollar gekostet. Das ist aufgeteilt auf die elf Jahre das Dreifache des Bruttoinlandprodukts. Der westliche Interventionismus und die grassierende Korruption der Bündnispartner haben aus den Taliban, einer ursprünglich ausserhalb der paschtunischen Stammlanden kaum verankerten islamistischen Sekte, eine nationalistische Bewegung gemacht. Zudem hat die ISAF mit ihrer bedingungslosen Unterstützung von Präsident Hamid Karzai und zahlreicher Warlords trotz all der Klagen über Folter, Menschenrechtsverletzungen und Korruption nicht nur die Glaubwürdigkeit der NATO, sondern auch die der UNO völlig untergraben.<sup>6</sup>

Zudem hat sich im Windschatten des Krieges Afghanistan zum weltgrößten Opium-Produzenten entwickelt. War der Anbau von Opium in den letzten Jahren der Taliban-Herrschaft wegen deren Verbot massiv zurückgegangen, ist er seit 2002 wieder dramatisch gestiegen. Die afghanischen Behörden wie die ISAF zeigen sich unwillig, bzw. unfähig, den Bauernfamilien Alternativen für eine landwirtschaftliche Produktion anzubieten. Im Drogenhandel mischen viele Gruppen mit, allen voran der Karzai-Clan. Aber auch die Taliban sind trotz theologischer Bedenken wieder eingestiegen, um so ihre Waffen und Bewaffneten zu finanzieren.<sup>7</sup>

Diese Entwicklung trifft auch den Nachbarstaat Pakistan, die Haupttransportroute des afghanischen Heroins. Als Nebenfolge gibt es heute in Pakistan über 500'000 Schwerstabhängige. Geopolitisch bedeutender ist die Stärkung der pakistanischen Taliban – in einem der wichtigsten Partnerländer der USA und der NATO. Dank ihnen konnte sich die 1999 durch einen Putsch an die Macht gelangte Militär-

---

<sup>5</sup> Jason Burke, *The 9/11 Wars*, London 2011.

<sup>6</sup> Ahmed Rashid, *Descent into Chaos. The World's Most Unstable Region and the Threat to Global Security*, London 2009, S. 171-218, 349-373; Bob Woodward, *Obama's Wars*, New York/ London/ Toronto/ Sidney 2010; Ulrich Ladurner, *Eine Nacht in Kabul. Unterwegs in eine fremde Vergangenheit*, Salzburg 2010, S. 166-245.

<sup>7</sup> A. Rashid, *op. cit.*, S. 317-337; B. Woodward, *op. cit.*, S. 66; Anatol Lieven, «Afghanistan. The Way to Peace», in: *The New York Review of Books (NYRB)* 6 (2013), S. 24-30.

diktatur bis vor kurzem halten. So wurden Kampfhelikopter aus den USA ab 2004 für die blutige Niederschlagung der Autonomiebewegung in Belutschistan eingesetzt. Erstaunt es jemanden, dass die sogenannten Neo-Taliban hier besonders stark sind?<sup>8</sup>

### **Irak – der grösste der „9/11 wars“**

Der zweite grosse Krieg fand nur zwei Jahre nach dem 11. September 2001 statt. Trotz einem gigantischen Propagandafeldzug durch Bush und Blair über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen und über irakische Angriffsabsichten verweigerte eine wieder selbstbewusster gewordene UNO die Mandatierung. Schliesslich führte eine „Koalition von Willigen“ unter der Führung der USA und Grossbritanniens den illegalen Angriffskrieg. Dieser wurde zwar nach wenigen Wochen als erfolgreich abgeschlossen erklärt. Dem Sieg folgte eine Eskalation mit über 100'000 Toten. Zurückgelassen hat die Invasion eine irakische Gesellschaft, welche konfessionell und ethnisch stärker gespalten ist denn je. So gibt es im einstmals stark gemischten Bagdad praktisch nur noch ethnisch oder konfessionell gesäuberte Nachbarschaften. Gemäss Joseph Stiglitz beliefen sich die Gesamtkosten des Krieges bereits Ende 2007 auf drei Billionen Dollar.<sup>9</sup>

### **„Terrorismus“ – ein handliches Feindbild**

Neben diesen zwei grossen gab und gibt es viele weitere Schlachtfelder. Die „9/11 wars“ wurden auch deshalb zu einem „globalen Krieg“, weil zahlreiche Regimes sich des Antiterrorismus bedienten, um ihren Staatsterrorismus so richtig zu entfalten. Das machten unter anderen der Grossrusse Putin gegen die Tschetschenen, Israel gegen den Libanon und die Palästinenser, die singhalesischen Nationalisten gegen die Tamilen, die indischen Neoliberalen gegen die Naxaliten, die chinesischen Zentralisten gegen die Uiguren usw. Die Nordiren können von Glück reden, kam es bereits 1998 zum Karfreitagsabkommen. Der „War on Terror“ hat überall die Mächtigen, die mit bewaffnetem Widerstand konfrontiert waren, zu besonders unnachgiebigen und rücksichtslosen Haltungen ermuntert. Das Schlagwort des „Terrorismus“ war gerade wegen seiner Inhaltslosigkeit besonders handlich und leicht anschlussfähig. Aber Terror ist keine Substanz, sondern eine Methode und Terrorismus ist kein Subjekt, sondern eine Kampfform.

In anderen Staaten des globalen Südens erleichterte der „War on Terror“ die Einführung oder Verschärfung von Anti-Terror-Gesetzen, die Einschränkung der

---

<sup>8</sup> Joshua Hammer, «Der Pakistanische Freund. Kann der Militärstaat eine islamistische Revolution verhindern?», in: *Lettre Internationale (Lettre)* 79 (2007), S. 34-38; A. Rashid, *op. cit.*, S. 84-124, 145-168, 265-292, 374-401; B. Woodward, *op. cit.*, S. 3-8, 25-47, 62-64, 86-87, 99-107, 357, 362-369.

<sup>9</sup> Patrick Cockburn, «Scheitern nach Plan. Wie der kleine Krieg im Irak einer Supermacht grossen Schaden zufügt», in: *Lettre* 77 (2007), S. 14-19; Joseph Stiglitz, «Der Drei-Billionen-Krieg», in: *Die Zeit*, 20. Februar 2008.

freien Meinungsäusserung sowie die polizeiliche wie auch militärische Repression gegen oppositionelle Bewegungen, die in aller Regel nichts mit Al-Qaida zu tun hatten. Mussten die Herrschenden früher häufig mit Kritik aus dem Westen rechnen, wurden sie nun mit Waffen, Beratern und Geldern belohnt.<sup>10</sup>

### Abbau von Bürgerrechten – Aushöhlung des Völkerrechts

Auch die westlichen Gesellschaften erlebten einen Abbau von demokratischen und liberalen Rechten. Nachdem in den USA über die Resolution ‚*Authorization for Use of Force against Terrorists*‘ die aussenpolitische Achtung des Völkerrechts aufgehoben und die rechtlichen Grundlagen für Guantanamo geschaffen worden waren, wurde der *Patriot Act* in Kraft gesetzt. Dieser ermöglicht unter anderem die unbeschränkte Inhaftierung von Immigranten, Hausdurchsuchungen ohne die Präsenz der Betroffenen, Abhörung von Telefonen, Überwachen von E-Mails und weiteren Kommunikationsmitteln sowie die Beschaffung persönlicher Informationen ohne richterliche Ermächtigung. Abgesehen von einigen Teilen, welche unterdessen als verfassungswidrig eingestuft wurden, sind diese ursprünglich als kurzfristig bezeichneten Rechtsgrundlagen weiterhin in Kraft und werden regelmässig um mehrere Jahre verlängert. Europäische Staaten eiferten den USA nach. In der Schweiz hatte das Damoklesschwert der direkten Demokratie eine hemmende Wirkung. Zudem blieb sie dank der Verhinderung von militärischen Ausland-Abenteuern von Anschlägen verschont.<sup>11</sup>

Wie stark der „*War on Terror*“ die Menschenrechte auch in westlichen Institutionen erodieren liess, zeigen die Behandlung der Gefangenen in Guantanamo, der Skandal von Abu Ghraib oder der Unterhalt von CIA-Geheimgefängnissen in mehreren Ländern. Auch die offizielle Schweiz machte mit – indem sie beispielsweise Überflüge mit Gefolterten zulies. Dick Marty sprach von „servilem Gehorsam“ des Bundesrates gegenüber dem CIA. Heute noch werden 200 Häftlingen in Guantanamo und weiteren 1'700 im afghanischen Bagram die geltenden Rechte als Kriegsgefangene verweigert. Sowohl das Völkerrecht als auch die Menschenrechte haben in den letzten elf Jahren unermesslichen Schaden erlitten.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Heinz Krummenacher, *An der Schwelle zu einer neuen Ära des internationalen Terrorismus?*, Swisspeace 2004, auf:

<<http://heinzkrummenacher.ch/artikel/wissenschaftlich/AdSzenAdiT.pdf>> [27.06.2014].

Ottfried Nassauer, 10 Jahre Krieg – Veränderungen in der Sicherheitspolitik nach dem 11. September, in: Bund für soziale Verteidigung (Hg.), *Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre Krieg gegen den Terror*, Minden 2011, S. 7-14.

<sup>11</sup> Corinna Hauswedell, «Erweiterte Sicherheit und militärische Entgrenzung», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2006), S. 723-732; Eike Steven, Nebenwirkungen – Auf und Ab der gesellschaftlichen Militarisierung, in: Bund für soziale Verteidigung, *op. cit.*, S. 15-22; Alfred McCoy, «Überwachungsbumerang. Die Formierung des US-Amerikanischen Sicherheitsregimes, 1898-2020», in: *Lettre* 102 (2013), S. 11-14; James Bamford, «What the NSA Really Knows», in: *NYRB* 13 (2013), S. 4-8.

<sup>12</sup> Sandro Brotz, Beat Jost, *CIA-Gefängnisse in Europa. Die Fax-Affäre und ihre Folgen. Mit einer Analyse von Dick Marty*, Zürich 2006, S. 135-152; Roger Willemsen, *Hier spricht Guantanamo*, Frank-

## Erhöhung der Militärausgaben und Privatisierung der Kriegsführung

Weltweit haben sich die Rüstungsausgaben zwischen 2001 und 2011 praktisch verdoppelt – auf 1'700 Milliarden Dollar. Mit einem Zwanzigstel dieses Betrages könnte das Millenniumsziel der UNO, Halbierung der Armut bis 2015, erreicht werden. In den USA stiegen die Militärausgaben im fraglichen Zeitraum von 312 auf 712 Milliarden Dollar (2011). Das sind 42 Prozent der globalen Ausgaben.<sup>13</sup>

Von diesen 712 Milliarden geht mehr als ein Siebentel an private Sicherheitsdienstleister. Die Privatisierung des Krieges ist eine weitere Folge des „*War on Terror*“. Gleichzeitig symbolisiert sie die enge Verbindung von militaristischem Neokonservatismus und neoliberalen Marktradikalismus. Die bekanntesten Beispiele privater Militärfirmen sind Blackwater (heute XE), DynCorp oder Aegis Defence Services mit Holding-Sitz in der Schweiz. Die Anzahl an *Private Military Contractors* (PMC) ist derart in die Höhe geschwellt, dass in Afghanistan wie im Irak mehr Söldner als Soldaten im Einsatz waren (und noch sind). Die Privaten übernehmen heutzutage praktisch alle militärischen Aufgaben, von der Versorgung, über den Personenschutz und die Auswertung kritischer nachrichtendienstlicher Informationen bis zu eigentlichen Kampfhandlungen. Besondere Bekanntheit erlangte die Firma Blackwater, nachdem am Nisour Square in Bagdad 17 Zivilisten durch deren Söldner erschossen worden waren.

Söldner habe für die „Masters of Wars“ (Bob Dylan leicht aktualisiert) zwei Vorteile: Erstens haben ihre Verbrechen nicht die gleichen nachteiligen Folgen wie die von Soldaten. Und zweitens sind tote Söldner politisch viel weniger belastend.<sup>14</sup>

## Bewaffnete Drohnen und aussergerichtliche Tötungen

Eine weitere negative Entwicklung des „*War on Terror*“ ist der Einsatz bewaffneter Drohnen. Nachdem solche schon länger der Aufklärung gedient hatten, begannen ab 2004 die Drohnen auch Raketen abzuschiessen. Gesteuert werden sie über riesige Entfernungen von einem sicheren Arbeitsplatz aus – via Joystick und Bildschirm. Bewaffnete Angriffe erfolgten bisher vor allem in Pakistan, aber auch in Jemen. Laut der Studie ‚Living under Drones‘ der Universitäten Stanford und New York wurden in Pakistan zwischen Juni 2004 und September 2012 zwischen 2'500 und 3'300 Menschen durch Drohnen getötet. Davon waren geschätzte 500-900 Zivilisten, 176 von ihnen Kinder. Schlagzeilen machten auch die gezielten Tötungen von mindes-

---

furt a. M. 2006; Mark Danner, «Stimmen aus dem Dunkel. Zum Bericht des Roten Kreuzes zur Folter in geheimen US-Gefängnissen», in: *Lettre* 85 (2009), S. 20-30.

<sup>13</sup> Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hg.), *Yearbooks* 2002 und 2012: <<http://www.sipri.org/yearbook/2002/06>> [27.06.2014], Kapitel 6, und <<http://www.sipri.org/yearbook/2012/files/SIPRIYB12SummaryDE.pdf>>, [27.06.2014], S. 8-10.

<sup>14</sup> Bundesamt für Justiz (Hg.), *Bericht zu einer möglichen Regelung betreffend private Sicherheitsfirmen, die von der Schweiz aus in Krisen- und Konfliktregionen tätig sind*, Bern, 30. Dezember 2010; SIPRI (Hg.), *The Private Military Services Industry*, <<http://www.sipri.org/research/armaments/production/researchissues/pmsc>>, [27.06.2014.]

tens drei amerikanischen und sechs britischen Staatsbürgern durch Drohnen im Jemen wie in Pakistan. Diese waren ohne Anklage oder Gerichtsverfahren mit Raketen beschossen worden.

Die deutsche Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ veröffentlichte am 15. November 2012 einen Artikel über den Drohnenkrieg. Der Untertitel lautete: „Kampfroboter als moralisches Problem: Wo kein Soldat sein Leben riskiert, wird Krieg zum Terror.“ Ich zitiere aus dem Beitrag von Byung-Bul Chan:

„Die gezielte Tötung per Mausclick gleicht einer Menschenjagd, die brutaler und rücksichtsloser ist als die Jagd von Wild. In der Jägersprache bedeutet das ‚Ansprechen‘ die Identifizierung des Tieres nach Alter, Geschlecht und Gesundheit. Man ‚spricht‘ das Tier ‚an‘, bevor man es tötet. Töten ohne Ansprache ist Mord. [...] Auch im Krieg ist die Tötung ohne Ansprache ein Mord. [...] Die Drohnen oder Kampfroboter, die bald per Algorithmen autonom Entscheidungen treffen werden, sind schon gar nicht in der Lage, Menschen anzusprechen, das heisst, sich in eine Beziehung zu ihnen zu setzen. Allein aus diesem Grund wären sie zu verbieten.“

Neben den USA setzt vor allem Grossbritannien bewaffnete Drohnen ein. In einigen Ländern wie Deutschland steht ihre Beschaffung zur Diskussion.<sup>15</sup>

### Eskalation der Muslimfeindlichkeit

Eine besonders belastende Folge des „*War on Terror*“ oder des „*long and global war*“ oder der „*9/11 wars*“ ist die Eskalation der Muslimfeindlichkeit. Sie hat starke inhaltliche und sozialpsychologische Ähnlichkeiten mit der Judenfeindlichkeit. Bei beiden handelt es sich um die wohl schwerwiegendsten abendländische Erblasten. Die heutigen Hauptträger der Islamophobie sind die klassischen Träger des Antisemitismus. Ihre Ideologie ist in aller Regel eine Verbindung von christlichem Nationalismus und abendländischem Konservativismus. Allerdings gibt es – wie übrigens auch beim modernen Antisemitismus – die Variante des muslimfeindlichen „Aufklärichts“. Er oder sie meinen, Minarette oder Burkas oder Knabenbeschneidungen zu verbieten, bedeute, den Laizismus oder die Geschlechtergleichheit oder das Kindeswohl zu verteidigen.<sup>16</sup>

Die Schweiz selber wurde vom „*War on Terror*“ vor allem auf zwei Ebenen erfasst: Die Rüstungsexporte schnellten in die Höhe und die zwei geplanten Minarette wurden verboten. Dass über beiden Fragen am gleichen Sonntag, am 29. November

<sup>15</sup> A. Bacevich, *op. cit.*, S. 94-96; Heathcoate Williams, «Der Herr der Drohnen. Der Präsident und die Fliege im Weissen Haus», in: *Lettre* 98 (2012), S. 7-12; Malise Ruthven, «The Thistle and the Drone: How America's War on Terror became a Global War on Tribal Islam», in: *NYRB* 16, 2013, S. 20-25; Wolfgang Bauer, «Tod aus dem Nichts», in: *Zeit-Magazin*, 29. Mai 2013, S. 13-24.

<sup>16</sup> Patrick Bahners, *Die Panickmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam*, München 2011, S. 262-308; Wolfgang Benz, *Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet*, München 2012, S. 39-59, 71-125.

2009, abgestimmt wurde, war ein Zufall. Dass die gleichen Leute, welche aus Angst vor dem Islam gegen zwei neue Minarette stimmten, gleichzeitig dafür waren, dass das Mutterland des islamischen Fundamentalismus, Saudi Arabien, weiterhin mit Schweizer Waffen versorgt wird, illustriert den tiefen politischen und moralischen Fall, der der „*War on Terror*“ bedeutet.<sup>17</sup>

Was in einem Land, das etwas abseits der Weltpolitik agiert, grotesk wirkt, hat global katastrophale Folgen.

---

<sup>17</sup> Josef Lang, «Vom jüdischen zum muslimischen Feindbild. Die Minarett-Abstimmung erinnert an das Schächtverbot», in: *Tagesanzeiger*, 3. Dezember 2009; Josef Lang, «Für eine Aufhebung des Minarettverbots», in: *WochenZeitung*, 11. August 2011.



**Dr. Josef Lang:** Freischaffender Historiker, Forschungsschwerpunkte: Kulturkampf, Katholizismus und Antisemitismus, Nationalismus, Militarismus. Wichtigste Publikationen: Dissertation: *Das baskische Labyrinth. Die nationale und soziale Bewegung im spanischen Baskenland unter dem Frankismus (1937-1977)* (ISP Verlag, Frankfurt a. M., 1. Auflage 1983, 2. Auflage 1988); *Die Seele der Nation. Die Bedeutung einer Schweiz ohne Armee* (ISP, Frankfurt a. M. 1989); „Ultramontanismus und Antisemitismus in der Urschweiz“, in: Olaf Blaschke, Aram Mattioli (Hg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert* (Orell Füssli, Zürich 2000).

Kontakt: josef.lang@bluewin.ch, www.joseflang.ch